

Erdogan entlarvt sich: „Ich verfluche den österreichischen Staat!“



Von MANFRED ROUHS | Was als allgemeine politische Beschimpfung in einer öffentlichen Rede des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan begann, endet in einem diplomatischen Eklat: Die österreichische Regierung hat den türkischen Botschafter in Wien einbestellt, nachdem Erdoğan den österreichischen Staat offiziell verflucht hat. Auf dem Bundeskanzleramt und dem Gebäude des Außenministeriums der Alpenrepublik war zuvor neben der österreichischen auch die israelische Flagge gehisst worden – als Zeichen der Solidarität im aktuellen Nahostkonflikt.

Erdoğan versteht die Türkei als einen islamischen Staat in der Nachfolge des Osmanischen Reiches, der nicht neutral bleiben kann, wenn irgendwo auf der Welt Muslime im Kampf gegen Ungläubige bzw. die Anhänger anderer Religionen stehen. „My people, right or wrong“ – so lautet offenbar Erdogans Denkweise.

Die Vereinnahmung wird nicht von allen Arabern mit Sympathie gesehen. Kaum ein arabischer oder persischer politischer Akteur wünscht sich eine erstarkende Rolle der Türkei in Palästina. Sunniten ebenso wie Schiiten, Araber wie Perser erteilen einer Neuauflage der osmanischen Idee eine Absage, weil sie quer liegt zu ihren eigenen Neuordnungsvorstellungen für die muslimische Welt.

Umso lauter muss Erdogan drauflospoltern, um in der islamischen Öffentlichkeit gehört und seiner selbsterwählten Rolle als muslimischer Sultan gerecht zu werden. Dabei interessiert ihn offenbar nicht, wie viel diplomatisches Porzellan er zerschlägt.

Neben Österreich gehen alle anderen EU-Regierungen auf Distanz zu Ankara. Nach Kritik an Waffenlieferungen der USA an Israel isoliert er sich und die Türkei auch zunehmend in Washington. Damit steuert Erdogan einen undankbaren Platz zwischen den Stühlen an: Denn die arabischen und persischen islamischen Entscheidungsträger weisen seinen Anspruch auf politische Vormundschaft zurück, während die Kluft in Richtung Europa und den USA größer wird.

Erdogan ist das fünfte Rad am Wagen in der derzeitigen Eskalation des Nahostkonflikts und er gehört damit jetzt schon zu den politischen Verlierern des aktuellen Kräftemessens der Hamas mit Israel.



PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt, vierteljährlich die Zeitschrift SIGNAL herausgibt und im Internet ein Nachrichtenportal betreibt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und stellt politische Aufkleber und andere Werbemittel zur Massenverteilung zur Verfügung. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig.